

## Die Generalin von Kabul ist bereit für die Taliban

Die erste Polizeichefin Afghanistans will mehr Frauen in Uniform bringen. Sie warnt vor Zugeständnissen an die Taliban und vor einer Rückkehr der "schwarzen Zeit", in der auch sie leiden musste.

Von Daniel-Dylan Böhmer , Kabul



Brigadegeneralin Dschamila Bajas, erste Polizeichefin Afghanistans, leitet den Bezirk 1 in Kabul Foto: Daniel-Dylan Böhmer

Im Mandawi-Basar von Kabul, mitten im glitzernden, stinkenden, duftenden Chaos, steht wie eine Burg das Polizeirevier Nummer 1. Eine hohe Mauer schützt es, gepanzerte Jeeps parken im Hof. In einem kleinen, verwilderten Garten erholen sich Beamte mit Kalaschnikows. Im obersten Stockwerk sitzt ein übergewichtiger Uniformierter mit Schnauzbart auf einem Stuhl und bewacht eine Bürotür. Es muss schwer sein, im Halbdunkel des Korridors nicht einzuschlafen, doch dann fliegt die Tür auf, und der Polizist schnell so plötzlich von der Sitzfläche empor in Habachtstellung, dass sein Sturmgewehr scheppert. Wo Brigadegeneral Dschamila Bajas erscheint, bewegen sich die Dinge. Vier Leibwächter hechten der Generalin hinterher. Einer ruft eilig Anweisungen in ein Funkgerät, während es die Treppe hinuntergeht. Dschamila Bajas wartet auf niemanden mehr.

Warum sie es als bisher einzige Frau in Afghanistan geschafft hat, Polizeichefin zu werden? Bajas spricht nicht gern über ihre Qualitäten. Ihr starker Kiefer über dem Knoten des Kopftuchs mahlt kurz hin und her. Dann antwortet sie trocken: "Weil ich eben schon sehr lange dabei bin. Schließlich arbeite ich seit mehr als 30 Jahren bei der Polizei." Volle drei Jahrzehnte? "Nicht ganz, natürlich. Unter den Taliban musste ich fünf Jahre zu Hause bleiben. Wie alle Frauen", sagt die 50-Jährige.

Als sie auf den Hof kommt, springen die Männer von der Couch im Gärtchen auf. Auch wenn Bajas ungern von sich erzählt, hat sie einen ehrgeizigen Plan. Sie will Afghanistan verändern. "Wir brauchen einfach noch viel

mehr Frauen bei der Polizei", sagt sie. "Mehr Frauen bedeuten auch mehr Sicherheit." Seit ihrer Ernennung fragen immer wieder Mädchen, wie sie zur Polizei kommen. "Für sie gilt das Gleiche wie für alle, die in diesem Land Erfolg haben wollen: Sie brauchen Bildung. Sie müssen hart arbeiten, um auf die Polizeiakademie zu kommen."

Auf afghanischen Schulbänken sitzen heute bis zu 37 Prozent Mädchen. Das ist einer der Erfolge seit der US-geführten Invasion 2001. Die Ernennung von Dschamila Bajas im Januar war ein weiteres Symbol für den Fortschritt. Sie ist die höchstrangige von etwa 2000 Polizistinnen, die es am Hindukusch schon gibt. Das sind zwar nur knapp zwei Prozent der Truppe, doch unter den Taliban besaßen hier Männer das Gewaltmonopol und sie nutzten es am rücksichtslosesten gegen Frauen. Wenn Ende 2014 die letzten Teile der Internationalen Schutztruppe Isaf abgezogen sein werden, dürften die selbst ernannten Gotteskrieger wieder stärker werden.

Die afghanischen Streitkräfte haben zwar in den meisten Teilen des Landes die Sicherheitsverantwortung übernommen. Aber im Sommer rückten die Kämpfe gefährlich nahe an Kabul heran. Die Zahl gefallener Soldaten veröffentlicht die afghanische Regierung nicht mehr, doch die Vereinten Nationen melden, dass allein in der ersten Jahreshälfte 24 Prozent mehr Zivilisten umkamen als im gleichen Zeitraum 2013. Und zum ersten Mal seit Beginn der Statistik starben die meisten im Zuge von Kampfhandlungen, nicht durch Terror-Akte.

Kabul und Washington suchen nach einem Frieden mit dem aggressiven Feind. Gleich nach seiner Amtseinführung rief der neue afghanische Präsident Aschraf Ghani die Taliban zu Verhandlungen auf. Es hat schon zahlreiche Versuche gegeben, eine Einigung zu vermitteln. Im Jahr 2011 etwa brachte der deutsche Sonderbeauftragte Michael Steiner die Konfliktparteien im Emirat Katar zusammen. Doch nach fast zwei Jahren wurden die sich hinschleppenden Runden abgebrochen.

Falls Ghani erneut Gesprächspartner finden sollte, wird ihm ein Hauptproblem der bisherigen Initiativen wieder begegnen: Die Taliban weigern sich, die afghanische Verfassung anzuerkennen. Unter anderem deshalb, weil darin die Gleichheit von Männern und Frauen festgeschrieben ist.

## **Sehnsucht nach der Geschlechtertrennung**

"Diese Verfassung ist der wichtigste Sieg des Westens", heißt es in einem Artikel, der jüngst auf einer Taliban-Internetseite erschien. Der Autor forderte darin, den Kampf nach dem Abzug umso härter fortzusetzen, vor allem den gesellschaftspolitischen. In den vergangenen 13 Jahren hätten die Amerikaner islamische Werte auszumerzen versucht. "Sie haben sie ersetzt durch Demokratie, Menschenrechte im westlichen Sinn, Freiheit für Frauen und die Abschaffung der Geschlechtertrennung", so empört sich der junge Mullah, der den Text verfasst hat.

Die Werte der Taliban, die er jetzt vermisst, verboten Mädchen über acht Jahren den Schulbesuch und außer Ärztinnen und Krankenschwestern durfte keine Afghanin arbeiten gehen. Frauen konnten das Haus nur in Begleitung von männlichen Blutsverwandten verlassen, sie mussten außerhalb ihres Heims die Burka tragen, Erdgeschossfenster von Wohnhäusern mussten geschwärzt werden, damit keine unverhüllte Frau zu sehen sein konnte. Selbst Ortsbezeichnungen, die das Wort Frau enthielten, wurden geändert.

"Ich erinnere mich noch, wie Frauen damals öffentlich ausgepeitscht wurden hier in Kabul", sagt Generalin Bajas. "Es war eine schwarze Zeit." Die Mutter von fünf Kindern ist eine furchtlose Frau. Aber dass die vorrückenden Taliban die Fortschritte bei den Frauenrechten zunichtemachen könnten, hält sie für eine reale Gefahr. "Ohne den Einsatz der Isaf hätten wir doch nie Verbesserungen erreicht", sagt sie. "Es ist sicher, dass die Taliban viel in Afghanistan zerstören werden, wenn die internationalen Truppen abziehen."

## **Die Polizeichefin geht selbst auf Patrouille**

Doch was, wenn es Frieden gibt? Können die Frauen dann sicher sein, dass die neue Regierung ihre Rechte ohne Abstriche schützt? Es gibt Anzeichen, dass sich die afghanische Politik schon vor dem Isaf-Abzug frauenpolitisch auf die Taliban zubewegt. Im Februar verabschiedete das Parlament eine Novelle des Strafgesetzes, die es nahen Angehörigen verbietet, gegen Angeklagte auszusagen. Das würde bedeuten, dass Frauen nie wieder Zeugen für häusliche Misshandlungen benennen könnten. Das Gesetz scheiterte lediglich daran, dass der damalige Präsident Hamid Karsai die Unterschrift verweigerte.

Brigadegeneral Dschamila Bajas müsste nicht auf Patrouille gehen, aber sie tut es. Obwohl in dem gepanzerten Geländewagen nicht viel Platz ist für sie und ihre Leibwächter. Und obwohl die Taliban-Angriffe auf exponierte Frauen – Politikerinnen, Helferinnen, Polizistinnen – in den vergangenen Monaten extrem zugenommen haben. Aber jeder in Kabul soll sehen, wer im ersten Distrikt die Polizei befehligt. Sie ist keine Politikerin, deswegen antwortet sie auf politische Fragen fast noch unwilliger als auf die nach ihren menschlichen Stärken.

Hält sie Frieden mit den Taliban für möglich? "Nun, die Regierung versucht es wenigstens. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es klappt." Fürchtet sie sich vor den Zugeständnissen, die man den Extremisten machen könnte? Die Generalin überlegt keine Sekunde. "Was auch immer passiert, die Taliban müssen sich an unsere Gesetze halten. Sie müssen auf uns zugehen, wenn sie Frieden wollen."